

**PROTOKOLL VOM 09.02.2022
ZUKUNFTSDIALOG RADOLFZELL**

Zukunftsdialog Radolfzell

Impulsvortrag Andreas Reinhardt

Herausforderungen

- Klimaschutz bedeutet auch, dass es zur Wärmewende kommen muss, sodass zukünftig auch Heizungen zunehmend in den Fokus rücken müssen.
- Jahresmitteltemperaturen sind von 1881-2018 stark gestiegen. Es wurde immer wärmer und der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre steigt. Deshalb muss es zukünftig zu stärkerer CO₂-Reduktion kommen.
- Bisher kommt noch ca. ¼ des Primärenergieverbrauchs aus Braunkohle, Steinkohle und Kernenergie. Das muss geändert werden.
- Strom muss dort erzeugt werden, wo er auch verbraucht wird und damit für uns aus unserer Region kommen.
- Von 2020 bis 2021 ist Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland zurückgegangen (Bruttostromerzeugung nach Energieträgern in Deutschland), dabei brauchen wir zukünftig viel mehr Strom aufgrund strombetriebener Mobilität und Heizungen.
- Das Mindest-Flächenziel für Windenergieanlagen und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Baden-Württemberg beträgt 2 Prozent der Landesfläche. Dafür müssen Zulassungsprozesse beschleunigt werden. Das bisherige Tempo bei Zulassung und Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) reicht nicht aus.
- Zukünftige Entwicklungen brauchen gesellschaftliche Akzeptanz.

Podiumsdiskussion

Was kann die Kommune tun, um Ausbau der EE zu beschleunigen und diese Herausforderungen zu meistern?

Defizite müssten erkannt werden. Es gehe nicht mehr nur um den Milan, sondern um die Menschen: Zulassungsprozesse, Planungsverfahren verkürzen und zusätzlich Möglichkeiten schaffen: Es brauche Privilegierung auch in Landschaftsschutzgebieten für Windkraft- oder PV-Anlagen. Zielsetzung könne nur mit Bürgerschaft im Dialog erreicht werden. Dazu müssten alle Kräfte gebündelt werden. Bisher laufe in Radolfzell die „Solaroffensive“¹. Dennoch müsse mehr im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes getan werden. Dabei sei die Kommune das Bindeglied, das die Bürgerschaft mitnehmen sowie Feedback in Landes- und Bundespolitik bringen müsse. In Radolfzell gebe es viele Dachflächen, auf denen PV jetzt schon möglich wäre.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei zum größten Teil schon da. Nun müssen die Bürger:innen beteiligt werden. Wie kann eine solche Beteiligung aussehen?

Wie beispielsweise die Reichenauer Wiesen² sollten städtische Flächen für die Stromproduktion in der Region verwendet werden. Dafür sei Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Radolfzell und/oder Investoren wie Solarcomplex³ nötig. Es müsse bedacht werden, dass nicht alle Bürger:innen geeignete Dächer für PV-Anlagen hätten, gerne aber trotzdem in EE und die regionale Stromproduktion investieren würden. Dabei gehe es explizit nicht um Zinsen bei Investments, sondern nur darum, eigenen Strom zu erzeugen. Eine Idee wäre ein Investmentmodell durch die Stadt, sodass Bürger:innen in PV-Anlagen auf städtischen Dächern investieren können. Für solche Projekte müsste vermutlich eine Genossenschaft oder aber eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet werden.

¹ Die Solaroffensive wurde von der Stadt Radolfzell initiiert, um möglichst viele Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen (PV) auszustatten. Mehr Infos unter:

https://www.radolfzell.de/docs/index.aspx?id=15368&n_d_from_y=2001&n_d_from_m=1&n_d_to_y=2022&n_d_to_m=1&newsrefid=15339&newsid=497349

² Auf dem Gelände „Reichenauer Wiesen“ haben die Stadtwerke Radolfzell eine Photovoltaik-Freiflächenanlage errichtet. Mehr Infos z.B. unter: <https://www.stadtwerke-radolfzell.de/wir-fuer-radolfzell/projekte/reichenauer-wiesen/>

³ Die solarcomplex AG ist ein Bürgerunternehmen für erneuerbare Energien am Bodensee. Mehr Infos unter: <https://www.solarcomplex.de/>

Wäre die Stadt Radolfzell bereit für solche Projekte?

Das Klimaschutzkonzept nehme genau diese Projekte auf. Es brauche Workshops für die Bürgerschaft zum Diskutieren. Es sei klar, dass Flächen dafür bereit sein müssten. Es brauche normale Bürger:innen, die mitmachen.

Welche Erfahrungen hat die Stadt Tengen mit Bürgerbeteiligung für EE-Anlagen bisher gemacht? Gibt es Tipps?

Im Sommer 2019 stellte sich die Frage, ob es einen zweiten Windpark auf der Gemarkung Tengen geben solle. Dabei sei im Gemeinderat schnell klar gewesen, dass 100% kommunale Flächen verpachtet werden sollen im GR. Es wurde aber ein anderer Weg eingeschlagen, indem ein Dialogprozess mit Bürger:innen mit mehreren großen Veranstaltungen initiiert wurde. Dabei wurden u.a. die Folgen des Klimawandels in Tengen heute aufgezeigt, Exkursionen zu bestehenden Windparks organisiert und Vorteile und Konflikte des Projekts sichtbar gemacht. Es sei gemeinsam diskutiert worden. Dieser Prozess mündete in einem Bürgerentscheid, der vom Gemeinderat initiiert worden sei, anstatt von einer Initiative aus der Bevölkerung. Am Ende habe es eine 2/3 Zustimmung gegeben, bei einer Wahlbeteiligung von 50%. Es müsse für ein solches Ergebnis frühzeitig zur Beteiligung kommen und Scheinbeteiligungen vermieden werden.

Beteiligung heißt dabei nicht, dass die kommunale Politik ohne Position auftritt, vielmehr brauche es Führung. So hatten sowohl der Gemeinderat als auch der Bürgermeister eine klare Position und vertraten diese offensiv. Die Bürger:innen brauchten/erwarteten Orientierung.

1. frühzeitiger Beginn der Bürgerbeteiligung
2. klare Position der Stadtverwaltung

Beim Planungsprozess einer kommunalen EE-Anlage werde oft argumentiert, Bürgerbeteiligung bzw. der Dialog verlangsamen den Prozess. Diese Behauptung sei in Tengen nicht bestätigt worden. Vielmehr seien der Zulassungsprozess und vor allem der Naturschutz Haupthemmnisse.

Klimaschutzkonzept 2010 der Stadt Radolfzell

Im letzten Jahr seien die Ziele des Klimaschutzkonzepts von 2010 bilanziert worden, wobei klar wurde, dass Ziele nur z.T. erreicht worden seien. Hier sei es wichtig, neue Wege zu gehen und z.B. zukünftig der Bürgerschaft mindestens 1x im Jahr einen umfassenden Bericht zugänglich zu machen. So wisse die Bürgerschaft, wie weit wir vorangekommen seien.

Oft wird der Naturschutz als Hürde für bspw. Windkraftanlagen angeführt. Wie steht der NABU dazu?

Ja, einige Anlagen scheitern am Naturschutzrecht. Tatsächlich formierten sich im Dialog mit der Bürgerschaft bei der Frage nach neuen EE-Anlagen oft Bürgerinitiativen, die sich für den Naturschutz einsetzten. Oftmals wird der Naturschutz nur vorgeschoben, um die EE-Anlage zu verhindern. Zukünftig müsse der strenge Individualschutz aufgehoben werden und es müsse den Populationserhalt geben. Die Verbandsspitze des NABU sei momentan damit beschäftigt und setze sich dies als zukünftiges Ziel. Dennoch sei für die Kommune Radolfzell Windkraft eher unattraktiv, weshalb es mehr um die Diskussion von PV-Anlagen auf Dächern gehen solle.

Wie können Flächen für die Stromerzeugung mit PV-Anlagen gefunden und genutzt werden?

Die Interessen der Landwirtschaft dürften nicht gegen Interessen der Energiewirtschaft ausgespielt werden. Es brauche hier Evaluierungsprozesse, die festlegten, welche Flächen für EE geeignet seien. Bisher werde nicht evaluiert, sondern mit Grundstückseigentümern verhandelt durch z.B. Stadtwerken.

Es sei unstrittig, dass PV-Anlagen auf jeder Sporthalle errichtet werden sollten. Doch das gehe zu langsam und so brauche es Freiland-PV-Anlagen.

In der Diskussion mit Landwirten müsse das Gemeinsame betont werden, und Spaltungen gelte es zu verhindern. Klimaschutz müsse gemeinsam gedacht werden, es brauche Kompromisse. Klar sei: Schafften wir es nicht regional, PV-Anlagen zu errichten, so kämen Investoren und pflasterten die Freiflächen zu. Projekte müssten Akzeptanz in Bevölkerung finden. Beispiel: PV-Anlage im Ortsteil Böhringen solle Bürger:innen dort zugutekommen.

Es sei klar, dass es auch bei PV Diskussionen geben werde. Auch bisher wurden Flächen der Region umgewidmet und bspw. touristisch genutzt (z.B. für Golfplätze, Flugplätze). Hier gebe es zu wenig Kontroversen, denn der Unterschied sei, dass EE-Anlagen der Gesellschaft nutzten und die Energiewende geschafft werden müsse.

Letztendlich sei das Geld entscheidend. Jeden Tag wollten Landwirte ihre Flächen für Stromerzeugung nutzen, da dies existenzsichernd sei. Deshalb sei eine Kommunalabgabe anzudenken, die Nachteile für Betroffene finanziell ausgleiche.

Es gebe einen Mangel an Fläche, um die konkurriert werde. In Deutschland sei zugesichert worden, zukünftig Flächen aus der Nutzung herauszunehmen, um Biodiversität zu schützen. Insofern würden verfügbare Flächen noch knapper.

Der Konflikt bestehe zwischen unterschiedlichen Interessen: der Biodiversität, Lebensmittelproduktion und der Energiewirtschaft. Mit dem Gemeinderat sei vereinbart, dass es dieses Jahr eine Flächenpotenzialuntersuchung gebe. Nach Kriterien sollten die für PV sinnvollsten Flächen herausgesucht werden. So kämen Minderertragsflächen im Ranking hoch, Flächen mit hoher

Biodiversität würden im Ranking niedrig eingestuft. Der Gemeinderat müsse dem zustimmen, sodass es eine Priorisierung der verfügbaren Flächen geben könne. Das werde mit Landwirten abgestimmt. Klar sei aber auch, dass bis zum Ende dieses Prozesses laufende Projekte nicht auf Eis gelegt würden (siehe z.B. Initiative von Solarcomplex in Böhringen werde diskutiert und schon jetzt sachgerecht geprüft).

Im Koalitionsvertrag stehe das Ziel, dass bis 2030 80 Prozent der Energieerzeugung aus EE-Anlagen kommen solle. Was bedeute das für Radolfzell?

Es brauche grob eine Verzehnfachung der Leistung aus EE-Anlagen und damit mehr Flächen. Dies könne nicht allein mit Dachflächen erreicht werden, es brauche zumindest kurzfristig die Freigabe von Freiflächen für neue PV-Anlagen. Langfristig jedoch sollten Dach- und Verkehrsflächen genutzt werden. Nun müsse einfach angefangen werden! Die Stadtwerke Radolfzell fördere PV-Anlagen auf Privatdächern, somit sei Finanzierung für viele möglich.

Was es brauche, sei eine Initiative, die z.B. das TKM mit einer PV-Anlage ausstatte, worin Bürger:innen investieren könnten. Bürgerbeteiligungsprozesse müssten dafür nun beginnen. Zudem solle man sich auch weiterhin fragen, wo bzw. wie Energie auch eingespart werden könne. Individuen seien nicht in der Lage, Energie einzusparen. Dieses Argument solle nicht weiterverwendet werden.

Zur Flächennutzung für PV-Anlagen müsse nochmals unterstrichen werden, dass Freiflächen zumindest kurz- und mittelfristig genutzt werden müssten. Eine PV-Anlage auf einer Freifläche sei keine Versiegelung und könne wieder abgebaut werden, wenn es denn langfristig gelinge, alle geeigneten Dachflächen zu nutzen.